



Stadt muss Zeichen setzen

Augsburg muss sich seiner Vergangenheit stellen. Dass noch immer – 80 Jahre nach Beginn der nationalsozialistischen Diktatur – Straßen nach Personen benannt sind, die den Antisemitismus propagiert haben oder überzeugte Nationalsozialisten waren, steht einer Friedensstadt wie Augsburg nicht gut zu Gesicht. Der Antrag der Grünen ist deshalb mehr als überfällig: Über strittige Namensgeber muss diskutiert werden. So, wie es in vielen anderen Städten bereits längst geschehen ist.

Dazu braucht es erst einmal Informationen. Wer könnte das besser leisten als ein Expertengremium, in dem sich Historiker, Verbände, die Stadt und engagierte Bürger mit den Biografien der strittigen Personen beschäftigen? Ob es eine solche Kommission geben wird, wird der Ältestenrat am Mittwoch entscheiden. Hoffentlich. Er könnte ein deutliches Zeichen setzen mit einem fraktionsübergreifenden Ja zur Aufarbeitung des nationalsozialistischen Augsburg.

Die Grünen sagen zu Recht, dass nicht sofort jede strittige Straße umbenannt werden muss. In manchen Fällen könnte auch eine Erklärung in Form einer Hinweistafel genügen. Denn eine Umbenennung, so viel ist jetzt schon klar, ist alles andere als einfach. Das würde ein langes Verfahren, verbunden mit Kosten und wohl dem Unmut einiger Anwohner, bedeuten.

Und doch muss die Stadt im Zweifelsfall diesen Weg gehen – damit Augsburg seinem Ruf als Friedensstadt gerecht wird.

Grüne wollen kritische Straßennamen prüfen

NS-Vergangenheit Kommission soll Geschichte einzelner Namensgeber aufarbeiten. Ältestenrat berät am Mittwoch



Professor Messerschmitt hat einer Straße ihren Namen gegeben. Er ist jedoch umstritten, weil er den Einsatz von Zwangsarbeitern in Konzentrationslagern befürwortete. Foto: Silvio Wyszengrad

VON DOMINIK MAI

In Friedberg und Gersthofen laufen die Diskussionen bereits seit geraumer Zeit, nun wächst auch in Augsburg der Widerstand gegen strittige Namenspatronen aus der NS-Zeit: Die Grünen fordern in einem Antrag im Stadtrat, eine Kommission einzusetzen, die Straßennamen überprüfen soll.

Gerade in einer Stadt, die sich als Friedensstadt verstehe, müsse über eventuell problematische Personen diskutiert werden, sagt Grünen-Stadträtin Verena von Mutius: „Ob daraus am Ende die Umbenennung von Straßen resultiert oder nur entsprechende Hinweisschilder angebracht werden, muss für jeden Einzelfall untersucht werden.“

Für die Kommission dürfte es einiges zu tun geben: So ist unter anderem eine Straße nach dem früheren Haunstetter Bürgermeister Xa-

ver Widmeier benannt. Widmeier war nach Informationen der Grünen NSDAP-Mitglied und in die Erweiterung der Außenstelle des KZ Dachau in Haunstetten involviert. „An solchen Biografien zeigt sich deutlich, dass wir eine Verständigung darüber brauchen, ob wir solche Personen durch eine Straßenbenennung hervorheben wollen“, sagt Stadträtin Verena von Mutius.

Fragwürdig sind Dr. Max Mack und Karl Haberstock

Ein anderes Beispiel ist die Dr.-Mack-Straße am Klinikum. Mack hatte am Alten Hauptkrankenhaus in Augsburg Zwangssterilisationen in der NS-Zeit durchgeführt. Auch der Kunsthändler Karl Haberstock, der unter anderem Adolf Hitler persönlich Bilder verkaufte, gab einer Augsburger Straße ihren Namen.

Genau solche Fälle soll die Kommission aufarbeiten. „In diesem

Gremium könnten unter anderem Historiker – beispielsweise von der Universität – und Vertreter des Jüdischen Museums sitzen“, sagt von Mutius. Zunächst einmal sei es allerdings wichtig, Informationen über kritische Straßennamen zusammenzutragen.

Mehrere Bürger haben sich nach Angaben der Grünen bereits an die Fraktion gewandt und um eine Überprüfung diverser Personen gebeten, nachdem unsere Zeitung über ähnliche Diskussionen in Friedberg und Gersthofen berichtet hatte: In beiden Städten geht es um den Raumpionier Wernher von Braun, der wegen seiner Verstrickungen mit dem NS-Regime in den vergangenen Jahren zunehmend in Misskredit geraten ist. In Friedberg ist ein Gymnasium, in Gersthofen eine Straße nach ihm benannt.

Stadträtin Verena von Mutius hofft, dass nun noch mehr Hinweise

von Bürgern kommen – und dass sich die anderen Fraktionen im Stadtrat einer Diskussion nicht entziehen. „Augsburg hat diese Zeit noch nicht so wirklich aufgearbeitet“, sagt von Mutius.

Zunächst einmal wird sich der Ältestenrat am kommenden Mittwoch, 6. März, in einer nicht-öffentlichen Sitzung mit dem Antrag der Grünen beschäftigen. In diesem Gremium sitzen neben den Bürgermeistern Vertreter der Fraktionen. Oberbürgermeister Kurt Gribl wollte sich auf Anfrage unserer Zeitung nicht zu dem Thema äußern, ehe der Ältestenrat sich mit den kritischen Straßennamen beschäftigt hat.

»Kommentar

»Überblick Eine Übersicht über einige strittige Straßennamen Seite 43

»Interview Ein Gespräch mit Harald Munding von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Seite 43